

# Zeitung für Hinterpommern

(Stolper Wochenblatt).

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

Vierteljährlicher Abonnementspreis:  
für Einheimische 1 R 30 S, incl. Postlohn  
1 R 50 S; Auswärtige incl. Postzuschlag  
1 R 50 S.

Erscheint:  
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag  
Inserionsgebühren:  
10 S pro Corpus-Zeile oder deren Raum.

N. 25.

Dienstag, den 13. Februar.

1877

## Deutsches Reich.

Berlin, 10. Februar. Das Herrenhaus erledigte seine heutige aus unerheblichen Vorlagen bestehende Tagesordnung ohne bemerkenswerthen Zwischenfall nach den Anträgen des Referenten. Das Abgeordnetenhaus genehmigte den Rest des Etats des Ministeriums des Innern in zweiter Lesung unverändert, ebenso den Einnahme-Etat der Eisenbahnverwaltung bis incl. Kapitel 20. Ein Antrag des Abgg. Hammacher zum Jahre 1874 eingeführten der durch Bundesratsbeschluss vom Jahre 1874 eingeführten Gütertariferhöhung und Zurücknahme der den Privatbahnen erteilten diesbezüglichen Ermächtigung wurde nach langer Debatte schließlich an die Budget-Commission verwiesen. Der Handelsminister erklärte im Verlaufe der Debatte, er könne die Annahme dieses Antrags nicht befürworten, weil die Zurückziehung der Tariferhöhung Folgen von bedenklicher Tragweite habe könne. Ueberdies beabsichtige man das ganze Tarifwesen zu vereinfachen oder zu vereinheitlichen. Vielleicht werde damit der Tarifzuschlag fortfallen. Es werde Aufgabe der Konferenz sein, die Differentialtarife zu beseitigen.

Dem englischen Parlament sind eine große Zahl die orientalischen Angelegenheiten betreffende Actenstücke vorgelegt worden. Es befindet sich auch darunter eine Depesche des Marquis Salisbury an Graf Derby, welche, vom 23. November datirt, über des Marquis Audienz bei dem deutschen Kaiser berichtet. Der Kaiser, heißt es darin, habe seinen Friedenshoffnungen und Friedensneigungen Ausdruck gegeben, für welche er seinen persönlichen Einfluß geübt habe und fortführen werde. Dem Kaiser Alexander sei seine Politik durch die Oppression, der seine Glaubensgenossen unter türkischer Herrschaft ausgeübt wären, aufgelegt worden. Hierbei habe Kaiser Wilhelm nach dem Berichte Salisbury's jedoch die Hoffnung ausgedrückt, daß durch Zulassen vernünftiger Reformen in der Verwaltung der Provinzen, verbunden mit Garantien für deren Ausführung, die Nothwendigkeit der Occupation werde umgangen werden können. Die bloßen Versprechungen könnten Europa nicht genügen. Es müßten Garantien gegen die Fortdauer der Uebelstände, unter welchen die Christen in der Türkei litten, gegeben werden.

In London wird, wie der „N. Fr. Pr.“ von dort berichtet wird, binnen kürzester Zeit der Besuch des deutschen Kronprinzen erwartet. Man wird kaum fehlgehen, wenn man in diesem Besuche, zusammengehalten mit der kürzlich feierlichen Hofenbands-Ordens-Verleihung an den Sohn des Kronprinzen, ein erfreuliches Symptom sich wieder befestigender Beziehungen der beiden Höfe zu einander erblickt.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Der Kaiser hielt bei der Einführung des Prinzen Wilhelm in den activen Militärdienst eine längere hochbedeutende Ansprache, welche auf alle an dem feierlichen Acte Theilgenommenen den tiefsten Eindruck machte und die in den betreffenden Sphären lebhaft commentirt wird. Der Wortlaut der Ansprache soll dem Vernehmen nach der Öffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben. Der Kaiser entwickelte in seiner Rede ein Bild der Wirksamkeit des preussischen und deutschen Heeres von den Tagen des großen Kurfürsten an bis in die neueste Zeit, indem er die Grundsätze andeutete, welche seinem nunmehr in die Arme tretenden Enkel für diesen Theil seiner Lebensaufgabe vorleuchten sollen. In richtiger Würdigung des scheinbar Kleinen liege die Bürgschaft für das Große. Das sei die Richtschnur für die preussische Armee gewesen, sie solle es auch bleiben.

Zu dem vorgestrigen parlamentarischen Diner beim Fürsten Bismarck hatten, wie die „Post“ mittheilt, Einladungen erhalten die drei Präsidenten des Hauses der Abgeordneten, sämtliche Schriftführer und Quätoren, die Vorsitzenden der sieben Abtheilungen, der Abg. v. Benda und der Bruder des Fürsten, Abg. v. Bismarck. Nach ausgehender Tafel fand eine zwanglose Unterhaltung statt, in welcher der Reichskanzler interessante Streiflichter auf die inneren Zustände der Türkei fallen ließ. Er bezeichnete den gestürzten Midhat Pascha als einen Mann, welcher durch Tüchtigkeit und Genialität unter den türkischen Staatsmännern hervorrage. Sein Sturz sei wahrscheinlich auf persönliche Zerwürfnisse mit dem Sultan zurückzuführen; jedoch sei es auch möglich, daß ausländische Einflüsse dabei thätig gewesen. Welche Resultate der Sturz Midhat Paschas für Krieg oder Frieden haben werde, lasse sich zur Zeit noch nicht beurtheilen. Im weiteren Verlauf hob der Fürst auch die Wichtigkeit der Stellung der Unterstaatssecretäre und der vortragenden Räte im Staatsministerium hervor, denen häufig die Aufgabe zufalle, etwaige Differenzen zwischen den Ressortministern auszugleichen. Er gedachte dabei namentlich rühmend des früheren vortragenden Rathes im Staatsministerium, Wirkl. Geh. Rathes Costenoble.

Eine Zuschrift des Dr. Perrot an die „Kreuztg.“ in Erwiderung einer Aeußerung des Dr. Rudolph Meyer in der ersten mündlichen Verhandlung der gegen ihn vom Fürsten Reichskanzler angefügten Beleidigungssache vor dem hiesigen Kreisgericht stellt die Auctorität der seiner Zeit so viel Aufsehen machenden „Aera“-Artikel in der „Kreuzzeitung“ fest. Dr. Perrot erklärt sich als Verfasser derselben, jedoch mit Verwahrung gegen irgend welche persönliche Insinuation. Er bestätigt, daß er dem Fürsten Reichskanzler einen Separatabdruck des Artikels zugesandt, und als er keine Antwort auf das rechtfertigende Begleitschreiben erhielt, um eine Audienz ersucht habe. Auch diese Bitte blieb unberücksichtigt.

Der „Pol. Corr.“ wird von Berlin geschrieben: „Edhem Pascha wurde vor seiner Abreise von Berlin im November v. J. über die Auffassung, welche in den hiesigen höchsten Kreisen be-

züglich der türkischen Miswirthschaft bestand, so gründlich orientirt, daß er sich dessen auf seinem neuen Posten wohl noch erinnern wird, ebenso des Umstandes, daß Fürst Bismarck es ablehnte, ihn vor seiner Abreise zu empfangen. Im Uebrigen gehört der neue Großvezier, dessen Bild von verschiedenen Schriftstellern vielfach verzeichnet worden, zu den Gebildeteren in der Türkei. Er spricht sehr gut französisch und gilt unter seinen Vorgesetzten als Schöngelst. Die Erziehung der beiden Sultane Murad und Abdul Hamid war ihm anvertraut; was er in dieser Eigenschaft geleistet, entzieht sich der Kritik. Im Uebrigen besitzt Edhem Pascha einige militärische und sogar einige musikalische Kenntnisse, welche hier stellenweise, vielleicht aus Rücksicht auf eine gewisse Berliner Strömung, bis an einen sanften Wagner-Enthusiasmus streifen; doch ließ er auch Mozart gelten. Wie bekannt, bekleidete er bereits früher Ministerposten, auf welchen er sich der fremden Diplomatie gegenüber sehr zurückhaltend gezeigt haben soll, wenngleich darüber verschieden berichtet wird.“

Wie die „Danz. Ztg.“ aus „guter Quelle“ erfährt, ist der Gesetzentwurf wegen Theilung der Provinz Preußen in einer unter dem Voritze des Fürsten Bismarck stattgehabten Berathung des Staatsministeriums genehmigt und am letzten Sonntag vom König unterzeichnet worden.

Ein unverweilt vorzulegender Gesetzentwurf hat den Zweck, die Provinzial-Donationen auch zur Förderung des Bau von Secundärbahnen verwendbar zu machen.

Im dritten Berliner Wahlkreise wird der Wahlkampf voraussichtlich ein beispiellos heftiger werden, da die Nationalliberalen gesonnen sind, ohne Rücksicht auf die ungeheure socialistische Minorität, in demselben auf eigene Faust vorzugehen. Es ist somit die Möglichkeit einer nothwendig werdenden Stichwahl nicht ausgeschlossen.

Potsdam, 9. Februar. Der älteste Sohn des Kronprinzen, Prinz Wilhelm, ist heute nach Potsdam übergesiedelt und zugleich in die 6. Compagnie des 1. Garde-Regiments einrangirt worden, die der Kronprinz selbst geführt hat. Anwesend war die Generalität, die Regiments-Commandeure und das Officiercorps.

## Ausland.

Madrid, 10. Februar. Das nunmehr publicirte königliche Decret, wodurch der Senat aufgelöst wird, setzt die Neuwahlen auf den 5. April an.

London, 8. Februar. Dem Parlament sind die Actenstücke, welche die orientalische Frage betreffen, vorgelegt worden. In den Instructionen, welche Graf Derby dem Marquis von Salisbury für die Vorconferenz erteilte, constatirte derselbe, daß die Pforte unfähig sei, die versprochenen Reformen zu realisiren. Nothwendiger Weise müßten die Mächte Garantien für die Durchführung derselben haben. Die englische Regierung sei jedoch einer militärischen Occupation durch die Mächte entgegen. Marquis von Salisbury berichtet, der Kaiser von Deutschland habe ihm gegenüber bemerkt, die Politik des Kaisers von Rußland sei durch die Umstände und durch die Unterdrückung seiner Glaubensgenossen geboten worden. Der Kaiser von Oesterreich erklärte die Interessen Oesterreichs und Englands in der damaligen Phase der orientalischen Frage für identisch. Melegari habe constatirt, daß Italien im Falle des Krieges neutral bleiben werde. Italien sei aber gegen eine militärische Besetzung türkischer Provinzen durch fremde Truppen. Lord Loftus berichtet, daß der Kaiser von Rußland die Rede Disraeli's in Guildhall noch nicht gekannt habe, als er seine Rede in Moskau hielt. Elliot berichtet an Lord Derby, der Einfluß Englands auf die Pforte sei durch die Agitation Gladstone's vermindert worden. Aus einem Berichte Salisbury's ergibt sich, daß er die Abfahrt der englischen Flotte aus der Besitabat nach Athen befohlen hat, um dadurch zu constatiren, daß die Türkei nicht auf die Hilfe Englands zählen dürfe. Weiter ergibt sich, daß nach der Berufung des türkischen großen Rathes der Sultan geneigt gewesen ist, die Bedingungen der Mächte anzunehmen; aber Midhat Pascha war für den Widerstand und legte dem großen Rathe die Vorschläge der Mächte in einer Form vor, daß die Ablehnung derselben gewiß war. Nachdem Graf Derby durch den türkischen Botschafter Musurus von der Ablehnung der Vorschläge der Mächte in Kenntniß gesetzt worden war, erteilte er die Türkei den Rath, mit Serbien und Montenegro Frieden zu schließen. Salisbury bemerkt bezüglich der türkischen Verfassung, daß er fast nichts von derselben halte, dem Sultan sei das Recht der Verbannung verblieben und jede Person, welche einmal in der Verbannung gewesen sei, verliere dadurch die Fähigkeit zum Senator oder Deputirten gewählt zu werden. Graf Derby versicherte den Marquis von Salisbury vor seiner Abreise von Constantinopel der Zustimmung der Königin zu seinen Handlungen.

9. Februar. Lord Russell kündigt für die Montagssitzung des Oberhauses den Antrag an, daß es unverträglich mit den Pflichten der Regierung sei, mit einem so barbarischen und grausamen Staat wie die Türkei sei, Freundschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten; die einzig mögliche Beziehung sei die der Feindseligkeit.

Unterhaus. Campbell kündigt für Montag eine Anfrage an den Kanzler der Schatzkammer darüber an, ob sich der seit-herige Botschafter in Constantinopel, Elliot, noch im Dienste der Krone befinde. Muir will an demselben Tage Auskunft von der Regierung darüber verlangen, ob die Türkei die Bezahlung der Coupons der Anleihe von 1855 suspendirt habe, obgleich die

dazu erforderlichen Fonds in der Bank von England deponirt seien. Lord Northcote erklärte auf eine Anfrage Disraeli's, kein einziger activer englischer Offizier habe Erlaubniß erhalten, in türkische Dienste zu treten.

Im englischen Oberhause sagte Graf Derby, die Konferenz habe kein Fiasco gemacht, da der Ausbruch des Krieges verhindert worden sei. Derby spricht mit Vorbehalt von der Möglichkeit, den Frieden erhalten zu sehen, welcher von dem Beschlusse eines einzigen Mannes abhängt, giebt aber zugleich die Hoffnung Ausdruck, daß der Frieden erhalten bleibe. Disraeli legte dar, in der orientalischen Frage handle es sich nicht nur um die Verbesserung des Looses der Christen, sondern um die Existenz von Reichen. Der Marquis von Salisbury betonte seine Sympathie für die christliche Bevölkerung in der Türkei, protestirte jedoch gegen die Idee, daß England irgend welchen Zwang gegen die Türkei ausüben müßte. Im Unterhause interpellirte Lord Hartington die Regierung über die künftige Politik Englands und protestirte dagegen, eine Politik zu befolgen, welche Rußland und die Türkei die orientalischen Angelegenheiten allein erledigen lasse. Der Kanzler der Schatzkammer, Northcote, stellte in Abrede, daß England einen Krieg zu Gunsten der Pforte führen werde, und betonte die durch die Konferenz herbeigeführte Verständigung der Mächte. Betreffs der Zukunft erwäge die Regierung ihr Verhalten. Zwei Punkte ständen fest: Die Regierung sei nicht gewillt, einen Zwang auf die Türkei auszuüben, sondern wünsche ein gemeinsames Handeln der Mächte, und sodann halte man eine Separat-Aktion Rußlands und Oesterreichs für verdächtig. Northcote hat kein Vertrauen zu der türkischen Verfassung, welche ohne jede Garantie sei, und hebt schließlich hervor, daß alle Interessen die Erhaltung des europäischen Friedens erheischen.

Schweden erfreut sich wirklicher Pressfreiheit. Ein ständiger Reichstagsausschuß hat darüber zu wachen, daß bei Anklagen wegen Preßvergehen seitens der Gerichte keine Verletzung des Preßgesetzes, welches zu den Grundgesetzen des Staats gehört, vorkommen und dem Reichstage alljährlich über seine Wirksamkeit Bericht zu erstatten. Der diesjährige Bericht lautet: Im verfloffenen Jahre ist kein Fall vorgekommen, welcher Veranlassung zu einer Klage gegeben.

In Brüssel hat, wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, Minister Malou dem Könige sein Demissionsgesuch eingereicht und ist dazu bestimmt worden durch die Meinungsverschiedenheiten, welche zwischen ihm und dem Könige bezüglich der Aenderung des Wahlgesetzes bestehen. Durch das Demissionsgesuch Malou's ist eine ganz neue Situation geschaffen. Bis jetzt ist dasselbe allerdings noch nicht angenommen, der König wird aber schwerlich seinen Minister, dem Lande zum Troste, beibehalten können. Ist Malou zurückgetreten, dann kann unmöglich das jetzige Ministerium bestehen bleiben und werden alle Minister demissioniren müssen. Also eine völlige Ministerkrise. So wird denn die Krone in den eigenthümlichen Fall versetzt sein, entweder ein Cabinet zu wählen, welches aus reinen Ultramontanen bestehen würde, und dann entstände eine noch größere Unzufriedenheit im Lande als bis jetzt, oder sie würde ein Cabinet mit Männern der Linken bilden müssen, dieses könnte jedoch in den Kammern keine Majorität finden. Unter solchen Umständen ist eine baldige Auflösung der beiden Kammern als einzig rettendes Mittel voranzusehen.

Italien. Bis jetzt haben 10 Erzbischöfe und Bischöfe das Ansuchen um das königliche Exequatur gestellt, darunter die Erzbischöfe von Brindisi, Siena und Messina und die Bischöfe von Ariano und Como. Die Erzbischöfe und Bischöfe, deren Diocesen unter königlichem Patronate stehen, verlangten die Ernennung direct vom König, wie es das Gesetz vorschreibt.

Seit dem Tode der Herzogin von Aosta beginnt sich, wie aus Turin geschrieben wird, der Geist des Prinzen, ihres Gemahls, zu umnachteten. Er bringt seine Morgen gewöhnlich in den unterirdischen Räumen des Schlosses Superga zu, wo die indischen Reste seiner Gattin ruhen, und geht dort, die lauretische Stätte abtugend, auf und ab. Den Rest des Tages bringt der Herzog von Aosta, bekanntlich der frühere König von Spanien, in der Kirche San Filippo zu, wo er entweder betet oder die Kinder katechisirt. Ganz Turin ist über diesen traurigen Vorfall, der die königliche Familie betroffen, in schmerzlicher Aufregung.

Wien, 9. Februar. Die Bildung eines ungarischen Ministeriums unter dem Führer der Konservativen, Sennyey, gewinnt an Wahrscheinlichkeit. Finanzminister Szell ist hier eingetroffen, um trotz der Ministerkrise den Abschluß einer unausschießbaren Vorschlagsoperation herbeizuführen.

10. Februar. Wie der „Politischen Correspondenz“ aus Belgrad gemeldet wird, haben bis jetzt drei Konferenzen zwischen dem Minister Nistitsch und dem Vertreter der Pforte, Bertew stattgefunden. In demselben sei über folgende Punkte der seitens der Pforte für die Verhandlungen aufgestellten Grundlagen: Die Salutarung der türkischen Flagge, die Erhaltung der serbischen Festungen gemäß dem Ferman von 1867, die Verpflichtung der serbischen Regierung, die Bildung bewaffneter Banden auf serbischem Gebiete und deren Uebertritt auf türkisches Gebiet zu verhindern, volle Einigung erzielt worden. In Bezug auf die übrigen Punkte hole Bertew weitere Instructionen von seiner Regierung ein, welche voraussichtlich heute oder morgen eintreffen würde. Nach der Feststellung der Präliminarien dürfte Philipp Christitsch sich mit zwei Secretären zu den definitiven Friedensverhandlungen nach Constantinopel begeben.

Pest, 10. Februar. Sitzung des Unterhauses. Nach Verlesung einer Zuschrift des Ministerpräsidenten Tisza, in welcher mitgetheilt wird, daß das Ministerium seine Demission gegeben





